

25 pf

VORAN!

ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE

Überregionale marxistische Zeitung

FÜR SPD, JUNOS UND GEWERKSCHAFT

Wahlkampf Sondernummer: WARTIKEL ÜBER:

FÜR EINE ABSOLUTE MEHRHEIT

DER SPD UND EIN SOZIALISTISCHES PROGRAMM!

Im letzten Jahr sahen sich die Arbeiter, Angestellten, Jugendlichen und Rentner in der Bundesrepublik den schwersten Angriffen auf ihre sozialen Errungenschaften, auf ihre Realeinkommen, auf ihren Lebensstandard seit 1945 ausgesetzt. Wir hatten über 1,3 Millionen Arbeitslose, eine knappe Million Kurzarbeiter, die Reallöhne sind heute niedriger als 1974. Gleichzeitig setzte eine massive Bewegung ein, die zum Ziel hat, alles das, was die Arbeiterbewegung in den letzten 30 Jahren durch harte Arbeit und zähen Kampf an Zugeständnissen und Sozialleistungen erreicht hat, wieder rückgängig zu machen. Zwar weist Bundeskanzler Schmidt immer wieder darauf hin, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern nach wie vor ein dichtes Netz sozialer Leistungen hat, aber wenn man die Forderungen aus dem Lager der Unternehmer, der Kapitalisten und ihrer Helfer genau betrachtet, so soll gerade dieses soziale Netz, das ohnehin jetzt schon einige Löcher hat, in den nächsten Jahren noch weit mehr aufgefädelt werden. Reallöhne und Sozialleistungen müssen gekürzt werden, der Staat muß noch viel mehr sparen und den Unternehmern noch viel größere Summen in Form von Subventionen oder Prämien zufließen lassen - so jedenfalls verlangen es die Unternehmer Tag für Tag - und all das nennen sie noch "Leistungsprinzip"!

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl am 3. Oktober stehen sich nun vor diesem Hintergrund zwei Hauptgegner gegenüber.

* Die CDU/CSU als die Hauptpartei des Großkapitals, die eng mit den Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht verflochten ist, die der zuverlässigste politische Partner der Großkonzerne, Banken und Versicherungen ist und die wie bereits 1972 mit Millionen-

spenden ihrer Millionäre eine riesige Materialschlacht liefern wird.

* Die SPD, die seit über 100 Jahren die Massenpartei der deutschen Arbeiterbewegung ist, und die 1972, als sie unter starkem Beschuß der CDU/CSU und ihrer anonymen Hilfstruppen stand, von der Begeisterung unzähliger Arbeiter und Jugendlicher und ihren Erwartungen getragen zur stärksten Partei wurde.



Kein Arbeiter darf CDU/CSU wählen

Nun versucht die CDU/CSU, bei dieser Wahl die absolute Mehrheit zu erreichen, um alleine die Regierung bilden zu können.

Darüber jedoch, was eine mögliche Regierung Kohl/Strauß für eine Politik betreiben würde, herrscht unter manchen Arbeitern und Studenten noch sehr viel Unklarheit.

Die einen sind der Überzeugung, daß die CDU/CSU, weil sie eben weit bessere Beziehungen zum Großkapital hat als die SPD/FDP-Koalition, fähig sei, als Regierungspartei die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen und die Bundesrepublik wieder einer Epoche entgegenzuführen, wie wir sie schon zu den Zeiten des "Wirtschaftswunders" der "Goldenen 60er Jahre" hatten.

Die anderen befürchten von einer CDU/CSU-Machtübernahme, daß dann eine autoritäre Krisenlösung und ein neuer Faschismus auf der Tagesordnung stehen würden, daß Strauß sein chilenisches Vorbild in die BRD verpflanzen und alle aktiven Demokraten, Gewerkschafter und Sozialisten erbarmungslos verfolgt würden.

Doch weder das eine noch das andere trifft den eigentlichen Sachverhalt. Weder demagogische, sozial klingende Wahlversprechen der CDU noch radikale Töne von Strauß aus Bonn, Sont-hofen oder Vilshofen dürfen uns blenden.

Wer sich ein Bild davon machen will, was nun tatsächlich nach einem CDU/CSU-Wahlsieg auf uns zukommen würde, der muß ganz nüchtern die Reden der CDU/CSU-Führer und die Programme der beiden Parteien untersuchen.

CDU und GROSSKAPITAL

Das Hauptbindeglied zwischen dem Großkapital und der Union stellt der sogenannte "Wirtschaftsrat der Union e.V." dar. Dieser Wirtschaftsrat hat zwar nur 4 500 eingeschriebene Mitglieder, aber nach Auskunft seines Geschäftsführers Haimo George

sind vier Fünftel der 1000 größten Unternehmen der Bundesrepublik in diesem Wirtschaftsrat vertreten.



die haben gut lachen...

Und so finden wir unter den führenden Mitgliedern des Wirtschaftsraates neben vielen anderen Hanns Martin Schleyer, Toni Schmücker (VW), Peter von Siemens, Joachim Zahn (Daimler Benz), Axel Springer, Hermann Josef Abs (Deutsche Bank), Werner Bahlsen (Bahlsen Keksfabrik), Mattias Schmitt (AEG-Telefunken), Emil Kratzmüller (ESSO), Günter Böhme (Bayer). Viele CDU-Führer wie Kohl, Biedenkopf, Stoltenberg, Strauß und Albrecht waren früher in den Entscheidungsgremien von Großkonzernen tätig.

Neben einer ständigen Kontrolle der CDU/CSU sieht der Wirtschaftsrat hauptsächlich seine Funktion darin, Geldmittel für die Union zu sammeln. Während der CDU-Schatzmeister Kiep in einer skandalösen Anzeigenkampagne den Eindruck verbreiten wollte, daß seine Partei auf die Groschen und Pfennige der Millionen alter Mütterchen angewiesen sei ("Weil die Union längst nicht so viel Geld hat wie die SPD, brauchen wir Ihre Hilfe. Schon ein kleiner Beitrag ist sehr viel Wert...") !!!, hat die SPD in einer Spiegel-Anzeige zurecht auf den Bundesanzeiger vom 25.11.75 hingewiesen, aus dem die Einnahmen der Parteien im Jahre 1974 hervorgehen:

CDU/CSU: Gesamteinnahmen 115,3 Millionen DM, davon 34,5 Mill. Spenden.
SPD: 95,8 Millionen DM, davon 7,5 Millionen Spenden.

Erst vor kurzem hat die CSU von einer weiteren Hilfsorganisation, der "Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung e.V." die stolze Summe von 14,8 Millionen DM erhalten, die sich aus Großspenden der Industrie

wählen

für ihre Partei zusammensetzt, Geld, das wir alle Tag für Tag erarbeitet haben.

PROFITE

In einem Vortrag vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Bonn (WELT 17.6.76) über deutsche Wirtschaftspolitik machte der Aufsichtsratsvorsitzende der Bayer AG/Leverkusen und Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Prof. Kurt Hansen, deutlich, worauf es den Herren Kapitalisten in der Wirtschaftspolitik ankommt:

"Nur angemessen steigende Unternehmenserträge oder, was dasselbe ist, eine sehr maßvolle Kostenentwicklung und stagnierende, besser reduzierte Steuerbelastung werden die Investitionsneigung wieder heben... Auch die sonstigen Belastungen, Ertragssteuer, Sozialabgaben, Lohnsteigerung usw. müssen auf lange Sicht einen besseren Gewinn möglich erscheinen lassen als bisher."

Also erwartet die Wirtschaft der Bonzen von der Politik eine Entlastung ihrer Kosten an allen Fronten und somit eine Stärkung ihrer Gewinne durch direkte Eingriffe des Staates. Jeder Arbeiter soll dabei mitwirken: durch Verzicht, Verzicht und nochmals Verzicht.

Diese Anregungen sind von den CDU/CSU-Politikern willig aufgenommen worden. In Godesberg forderte ihr finanzpolitischer Sprecher Franz Josef Strauß: "Unser Steuersystem muß durch kurz- und mittelfristig wirkende Maßnahmen auf eine stärkere Förderung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen ausgerichtet sein."

In der "Mannheimer Erklärung" der CDU von 1975 wird dasselbe - wenn auch in schöneren Worten - ausgedrückt:

"Um die Investitionskraft der deutschen Wirtschaft als Voraussetzung der Vollbeschäftigung wiederherzustellen, muß ein mittelfristiges, einkommenspolitisches Konzept mit dem Ziel entwickelt werden, eine stabilitätsgerechte Lohn- und Gehaltspolitik im gewerblichen und öffentlichen Bereich zu sichern... Der Staat... kann durch eine Rückführung der globalen Belastung auf die reale Leistungsfähigkeit der Wirtschaft... die privatwirtschaftliche Initiative und Risikobereitschaft fördern."

Die Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat schon alle Möglichkeiten zur steuerlichen Entlastung der Unternehmer auf allen Ebenen erforscht. Im Interesse des "Gemeinwohls" soll der Staat nach ihrem Willen die auch so armen Unternehmer stützen bzw. ihnen noch Extra-Milliarden zufließen lassen. Und wer bei dieser Vermögensbildung zur Kasse gebeten werden soll, ist klar - wir alle, die Arbeiter, Angestellten, Studenten, Hausfrauen, und Rentner, also die erdrückende Mehrheit unserer Bevölkerung.

ZU DIESER "GEWINNBETEILIGUNG" NACH CDU-MUSTER GIBT ES NUR 2 WEGE :

Entweder werden die Steuern für die breite Masse so drastisch heraufgesetzt, daß diese Maßnahmen dazu ausreichen, die Staatsdefizite zu drücken und den Unternehmern mehr in den Rachen zu stopfen...

Oder der Staat setzt derartig scharf den Rotstift an, daß er gleichzeitig die Defizite drückt und noch genug für Mehrausgaben in die Unternehmertaschen übrigbleibt.

Die CDU/CSU hat sich offensichtlich für einen harten Sparkurs entschieden. Als die Bundesregierung im vergangenen Sommer ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bekanntgab, forderte der CDU-Wirtschaftssprecher Gerhard Stoltenberg die Bundesregierung auf, noch viel schärfere Einsparungsmaßnahmen zu treffen.

SPAREN

Der mögliche Wirtschaftsminister in einer Regierung Kohl ließ mit seiner Kritik ahnen, was ihm für eine Politik vorschwebt: Zusätzlich zu den 3,6 Millionen Mark forderte er noch weitere Einsparungen in Höhe von 10 Milliarden. Er verlangte einen "völligen Kurswechsel in der Wirtschaftsfinanz- und Gesellschaftspolitik", und massive Kürzungen von Leistungsgesetzen seien "in jedem Falle unvermeidbar". Und während die Unionsführer demagogisch die Politik der Bundesregierung als "unsozial" kritisierten und ihre Sozialpolitiker als "Arbeitnehmerflügel" der Union durch die Lande ziehen, hat die CDU/CSU längst die Weichen auf sozialen Abbau gestellt:

"Die Grenzen des Sozialstaats sind doch längst erreicht." (Strauß im Bayernkurier 5.7.1975)

"Und es war noch nie so schwer, unseren Mitbürgern bei einem Wohlstandedenken sondergleichen, wie wir es doch auch in unserem Lande beobachten, klar zu machen, daß es jetzt darum geht als patriotische Pflicht, wenn es sein muß, auch Opfer zu bringen für die Zukunft dieses Landes." (Kohl laut Bayernkurier 20.9.75)

Die Mannheimer Erklärung der CDU regt "zur Sanierung der öffentlichen Haushalte" an:

- die Entlastung des Staates im Dienstleistungsbereich durch nichtstaatliche Leistungsträger,
- die umfassende Reform der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Überprüfung der einschlägigen Gesetzgebung mit dem Ziel, Personalkosten einzusparen,
- die Steigerung der Wirksamkeit und Gerechtigkeit des sozialpolitischen Aufwandes. Hierzu gehören die Überprüfung einkommensunabhängiger Vergünstigungen, die Überprüfung von Ausbildungsförderungs-gesetzen und die Ausweitung der Darlehensfinanzierung bei der Stipendien-gewährung
- der Abbau von Subventionen, die Struktur-anpassungen verhindern oder verzögern
- die energische Rationalisierung von Bundesbahn und Bundespost unter Einschuß der Beseitigung überholter Vergünstigungen.

Der "Sozial- und gesellschaftspolitische Arbeitskreis" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in einem Grundsatzpapier den Katalog der Sparvorschläge ergänzt: "Es wird zu prüfen sein, ob das Sozialhilfeniveau nicht im Verhältnis zum Einkommen der Arbeitenden überzogen ist. Die Motivation, wieder zu arbeiten, würde gefördert, wenn nicht ein relativ hoher Lebensstandard auch bei Nichtstun erlangt werden könnte."

...Hinsichtlich der Regelung der flexiblen Altersgrenze könnte eine Initiative erwogen werden mit dem Ziel, die Wirkungen des 4. Rentenversicherungsgesetzes wieder zu

beseitigen... (Frankfurter Rundschau 9.9.1975) Und schließlich reiht sich auch noch das Positionspapier der CSU in diesen Reihen der Unionsübersparger ein: "Die CSU betont in der Gesundheitspolitik den Vorrang der Verantwortung des einzelnen für seine Gesundheit vor der Fürsorge des Staates..."



Dieser Gedanke wird vom Arbeitskreis der Bundestagsfraktion konsequent weiter verfolgt: "In der Krankenversicherung könnte der Höchstsatz der Rezeptblattgebühr (z.Zt 2,50 DM) aktualisiert werden. Teilkostenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Selbstbeteiligung bei ambulanter Behandlung... sollten erneut geprüft werden! Sparen... Opfern... Verzicht... Rationalisieren... Überdenken... Überprüfen... Nichtstun abschaffen... Strukturanpassungen... - diese salzige und saure Suppe will die CDU den Arbeitern vorsetzen."

"Verantwortung des einzelnen" - darunter versteht die CDU/CSU nichts anderes als daß jeder selbst in seiner Hand hat, ob er etwa arbeitslos oder krank werden möchte oder nicht und dementsprechend auch durch drastisch gekürzte Sozialhilfen oder einen höheren Eigenanteil an den Krankhaus- und Arzneimittelkosten die "Verantwortung" übernehmen soll. Der einzelne soll dafür bezahlen, daß dieses System unfähig ist, jedem einen garantierten Arbeitsplatz oder die beste medizinische Behandlung unabhängig vom Geldbeutel zu garantieren.

Kohl treibt diese offensichtliche Verhöhnung der Arbeiter noch weiter. In der BILD-Zeitung meinte er letztes Jahr: "Wir werden den Bürgern sagen, daß wir es heute für modern halten, auch wieder Fleiß, Arbeitsmoral, Pünktlichkeit und Aufsichtigkeit zu fordern." So beantwortete er die Frage: "Was wollen Sie gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise unternehmen?" Für ihn gibt es einzig und allein einen Schuldigen an der Krise: die Millionen Arbeiter in der Bundesrepublik, die faul, unpünktlich und unaufrechtig seien. Und dabei maß er sich noch an, die Interessen des ganzen Volkes, also auch der Arbeiter zu vertreten!

Zum Hauptziel der Einsparungspläne der CDU/CSU soll der Öffentliche Dienst gemacht werden. Die Unternehmer und ihre Partei haben dabei ständig eine Reihe von Forderungen wiederholt, deren Verwirklichung weitreichende Konsequenzen hätte:

- Einschränkung der Ausgaben und damit der sozialen Leistungen des Staates. (Damit würde die Breite Masse getroffen werden, nicht aber die Minderheit von Reichen und Privilegierten, die ohnehin nicht auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind)
- Einsparungen von Personalkosten durch Abbau der Beschäftigtenzahl, Lohnstopp und Verlängerung der Arbeitszeit. (Ein frontaler Angriff auf alle im Öffentlichen Dienst - im Oktober 1975 forderte die CDU/CSU den Abbau von 35 000 Arbeitsplätzen im Öffentl. Dienst pro Jahr)
- Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.



In der Mannheimer Erklärung heißt es dazu: "Die Befriedigung der Nachfrage nach Dienstleistungen ist für uns in erster Linie Aufgabe der gesellschaftlichen Einrichtungen: der Unternehmen, Verbände und freien Träger im sozialen Bereich." Dies würde bedeuten, daß beispielsweise Müllabfuhr, Schwimmbäder oder Nahverkehrsbetriebe völlig dem privaten Gewinnstreben untergeordnet würden. Das kann nur zweierlei heißen: Entweder würden solche Dienstleistungen unerträglich teuer und damit kaum mehr erschwinglich für eine Arbeiterfamilie, oder sie würden mangels Gewinnanreizen drastisch eingeschränkt bzw. ganz eingestellt werden. Und wenn die CDU von "freien Trägern" redet, dann denkt sie ganz sicher an die katholische Kirche, die aus ihren Kinderheimen heraus das Personal für ihre "sozialen" Einrichtungen rekrutiert, in vielen Fällen ohne allgemein anerkannte Ausbildung und ohne Aufklärung ihrer Bediensteten über ihre Rechte; und sie so, mit skandalös niedrigen Löhnen, völlig in ihrer Abhängigkeit hält.

* Wie eine Privatisierung konkret aussieht, das haben die "Kieler Nachrichten" vom 20.5.1976 berichtet. Demnach will eine norddeutsche Kreisverwaltung die Kosten für die Raumpflege der öffentlichen Gebäude um 500 000 DM pro Jahr senken und die Aufgaben einer privaten Firma übertragen.

Dieses Unternehmen hat sich sogar "größzügigerweise" bereit erklärt, die Arbeitskräfte zu übernehmen, allerdings unter der Bedingung, daß die Raumpflegerinnen in Zukunft 40 Prozent mehr leisten und dafür ein Drittel weniger Lohn mit nach Hause nehmen sollen, und außerdem entfällt die im Öffentlichen Dienst gebotene soziale Sicherheit. Auf einige weitere Fälle von vielen hat das ÖTV-Magazin 5/76 hingewiesen:

* In Dortmund hat die Stadtverwaltung in den letzten 2 Jahren 300 Frauen aus dem Öffentlichen Dienst entlassen und private Reinigungsunternehmen eingesetzt. Die Beschäftigten dieser Unternehmen müssen doppelt so viel leisten, der Stundenlohn liegt weit unter dem des ÖD, an Weihnachtsgeld oder gar 13. Monatslohn ist gar nicht zu denken.

* In Kassel muß eine Raumpflegerin, die für eine private Firma arbeitet, täglich in zweidreiviertel Stunden das Dachgeschoß des Landratsamtes reinigen - insgesamt 427 Quadratmeter. Ihre Bitte, die Arbeitszeit auf drei Stunden täglich auszudehnen, wurde vom Firmenleiter abgelehnt mit dem Argument, daß er dann für sie Sozialversicherungsbeiträge zahlen müsse.

Eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es auch hier nicht, ebenso wenig wie Kündigungsschutz, Beiträge zur Renten- oder Krankenversicherung. Somit wird klar, was die Privatisierung in diesen Fällen den Raumpflegerinnen gebracht hat: mehr Ausbeutung und weniger soziale Sicherheit zugleich.

Dies soll nach dem Willen der CDU noch viel konsequenter weitergeführt werden. Wenn nämlich große Teile des ÖD zur Privatisierung freistünden, dann würden sich die Interessenten natürlich besonders auf die Bereiche stürzen, von denen sie sich einen großen Profit versprechen. Die weniger rentablen Bereiche dürften natürlich der Staat weiterhin verwalten - mit dem Ergebnis, daß sich die öffentlichen Haushaltsdefizite noch weiter vergrößern würden.

Wenn die Union mit der Parole "Freiheit oder/statt Sozialismus" Wahlkampf betreibt, dann ist es einmal ganz interessant, zu sehen, was mit Freiheit überhaupt gemeint wird. Unter Freiheit versteht sie nämlich gar nicht, daß jeder tun und werden kann, was er will, und für die Gemeinschaft handelt.

Kohl sieht die Frage ganz nüchtern: "Wer eine freie Gesellschaft will, muß auch ungleiche Gesellschaft in Kauf nehmen. Ungleichheit der Resultate und der Lebenslagen ist die notwendige Konsequenz der Freiheit des einzelnen." Also schließt Kohls "Freiheit" von vorneherein aus, daß jeder die Möglichkeit hat, sein Leben frei nach eigenen Vorstellungen zu entfalten. Freiheit - davon geht auch Kohl aus - kann im Kapitalismus eben nur Freiheit für wenige heißen, und wer an Gleichberechtigung denkt, der soll sich diese "Utopien" rasch wieder aus dem Kopf schlagen. Denn, so drückt es der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, von Bismarck, aus: "Das Eigentum ist nach unserer Überzeugung das Kernsymbol der verantworteten Freiheit." - Echtes Eigentum an Produktionsmitteln besitzen nun mal nur ganz wenige in dieser Gesellschaft, und dementsprechend sind nur diejenigen wirklich frei, die sich mit der Arbeit anderer eine solche "verantwortete Freiheit" erworben haben.

"NEUE SOZIALE FRAGE"

Immer wieder bemüht sich die CDU/CSU darum, ihre unternehmerfreundliche Politik mit sozialen Worten zu bemänteln. Manche Reden und Programme strotzen nur so von sozialer Demagogie, und in der "Mannheimer Erklärung" versucht die CDU, eine "Neue Soziale Frage" ins Spiel zu bringen. Dazu heißt es: "Zu den Mächtigen in unserer Gesellschaft gehören heute ... die Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen... Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage." Doch was die Unionschristen hier aufzischen, ist gar nicht so neu. Dahinter steckt der uralte Versuch, des Kapitals, die Arbeiterbewegung und die Masse der Familien, der Rentner und der Jugendlichen zu spalten. Den nicht gewerkschaftlich organisierten, den Hausfrauen und Rentnern soll eingeredet werden, daß die Gewerkschaften ihr Feind sind, als ob nicht alle zusammen, die Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, Kinder, Rentner und Jugendlichen gleichermaßen unter den Auswirkungen des kapitalistischen Systems zu leiden hätten, etwa in Form von steigenden Lebensmittelpreisen und Mieten. Wie viele Arbeiter sind nicht schon aufgrund von Arbeitshetze und vernachlässigten Arbeitsschutzbestimmungen zu Invaliden gemacht worden? Sind nicht gerade viele Hausfrauen gezwungen, nebenher noch ein paar Mark zu verdienen, um die Familie überhaupt einigermaßen ernähren zu können?

Dieser angebliche Widerspruch zwischen Kapitalisten und Arbeitgebern einerseits und Opas und Müttern andererseits ist nichts anderes als die "theoretische" Rechtfertigung einer Politik, die sich direkt und frontal gegen die organisierte Arbeiterbewegung, gegen gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten richten soll.

GEWERKSCHAFTEN

Denn eine CDU/CSU-Bundesregierung würde alles unternehmen, um im Sinne des Kapitals alle Errungenschaften, die die Arbeiter und Angestellten durch die Gewerkschaften erreicht haben, wieder abzubauen. Sie würde umfassend den Rotstift ansetzen, sie würde versuchen, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit heraufzusetzen, Tarifautonomie und Streikrecht einschränken. Aus dem Munde Kohls hört sich dies etwa folgendermaßen an:

"Wir werden verhindern, daß diejenigen, die stark und mächtig sind, die Druck ausüben können, weitgehende Zugriffsmöglichkeiten auf staatliche Leistungen gewinnen."

Strauß forderte in der "Welt am Sonntag" (9.2.75): "Der Kanzler muß endlich die Grenzen für die Tarifbeschlüsse zeigen, die eingehalten werden müssen, wenn der Schaden nicht noch größer werden soll." Das heißt, daß der Staat den Gewerkschaften verbindlich vorschreiben soll, wie weit sie nur gehen dürfen.

Kohl versuchte es zwar einmal in aller Güte, den Gewerkschaften klarzumachen, daß sie ihren Tätigkeitsbereich einschränken sollen:

"Die Stärke der Gewerkschaften beruht in der weisen Selbstbeschränkung ihrer Aufgaben."

Aber an anderer Stelle sagte er wesentlich konkreter, wie er die Gewerkschaften durch Eingriffe von außen dem angeblichen "Gemeinwohl" unterordnen will:

"Nur kontrollierte Macht gilt als legitime Macht. Für die Gewerkschaften bedeutet dies: Auch ihre Macht muß einer wirksamen Kontrolle unterliegen - und zwar einer externen Kontrolle durch den Markt der Wirtschaft und der Verbände."

Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß eine CDU/CSU-Regierung direkt in Tarifauseinandersetzungen eingreifen würde, wenn diese dem Kapital zu weit gingen.

Was der angebliche "Arbeitnehmerfreund" Hans Katzer so ausdrückt:

"Wir sind entschlossen, alles zu tun, um den Verteilungskampf der Tarifvertragsparteien zu entschärfen", das hat der Wirtschaftsexperte Stoltenberg laut

"Wirtschaftswoche" vom 26.4.74 schon viel klarer ausgesprochen: Stoltenberg, so das Blatt, habe nicht nur Lohnleitlinien, sondern notfalls auch ein Anti-Streik-Gesetz ins Auge gefaßt, mit dessen Hilfe die Regierung Streiks in einem gewissen Zeitraum aussetzen oder verbieten kann.

Entsprechende scharfe Erklärungen von führenden CDU/CSU-Politikern zum Druckerstreik lassen auch erkennen, daß sie allzu gerne in den Streik eingegriffen hätten, wären sie nur in der Regierung gesessen.

Nun ist klar, was die Arbeiter von einer solchen Regierung zu erwarten hätten. Die Kapitalistenklasse will durch ihre Partei den Gewerkschaften die Flügel stutzen und direkt in Streiks zugunsten der Unternehmer eingreifen. Gegen solche Bestrebungen hat bereits der DGB in seinen Prüfsteinen zur Wahl Widerstand ange-



Arbeitslose in Frankfurt: Jetzt tut es weh"

kündigt: "Zurückweisung aller Versuche, durch ein Verbändegesetz offen oder versteckt die Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit zu betreiben."

Es ist klar, daß sich die Arbeiterbewegung eine solche Herausforderung auf Dauer nicht gefallen lassen kann. Ähnlich wie konservative Regierungen in England, Griechenland oder Australien wäre eine Kohl-Regierung mit dem breiten Widerstand der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert, weil ihr die aktive Massenbasis fehlt, ohne die eine solche Politik gegen Millionen von Arbeitern einfach nicht durchzusetzen ist.

Die Angst der herrschenden Klasse vor einer Machtprobe mit der Arbeiterbewegung hat CDU-Generalsekretär Biedenkopf bereits vor über 4 Jahren in einem Gespräch mit dem Handelsblatt (2.3.6, 1972) zugegeben: "Allerdings sei eine solche Einschränkung der Tarifautonomie insofern schwierig, weil eine ungeheure politische Energie dazu gehört, solche Massenorganisationen mit ihrem großen wahlpolitischen Stimmvolumen, das hinter ihnen steht, zu domestizieren."

Obwohl letzten Endes alle Versuche dieser Art zum Scheitern verurteilt sind und nur dazu beitragen, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken, wäre ein CDU/CSU-Sieg ein vorübergehender Rückschlag, eine politische Niederlage für die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik. Um dies zu verhindern, ist ein Sieg der SPD die einzige Alternative. Es gibt keine andere Wahl.

Unternehmerpartei

FDP

Mancher Gewerkschafter wird hier aber einwenden: "Ich habe ja 1972 auch SPD gewählt, aber was die gebracht hat, ist ja nur bessere CDU-Politik. Die FDP hat ja so oder so alles verwässert. Ich bin enttäuscht und weiß nicht, ob ich am 3. Oktober überhaupt noch wählen soll."

In der Tat hat die Begeisterung unter den Arbeitern für die SPD seit dem großen Wahlsieg vom 19.11.1972 spürbar nachgelassen. Bei allen Landtagswahlen seit 1972 ist der Stimmenanteil der SPD gegenüber 1972 vor allem deshalb so stark zurückgegangen, weil viele ehemalige SPD-Wähler aus Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung sich der Stimme enthalten haben. Die SPD/FDP-Regierung ist ein klassisches Muster einer Koalition zwischen einer Arbeiterpartei und einer bürgerlichen, kapitalistischen Partei.

Bereits am Anfang dieses Jahrhunderts stellte der sozialdemokratische Parteitheoretiker Karl Kautsky klar:

"Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Blockbrüder eingeeignet bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen - dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten."

Genau dies ist auch jetzt in gewissem Umfang eingetreten. Die SPD muß sich mit einer Politik identifizieren, die im Grunde fast völlig dem FDP-Programm entspricht

* Und daß sich die FDP gar nicht groß von der CDU unterscheidet, dies zeigen nicht nur die ständigen Anbiederungsveruche der CDU im Saarland und in Niedersachsen.

Hin und wieder geben dies auch führende CDU-Politiker offen zu:

* "Die Herren Minister von der FDP halten manche gute Reden und stellen manche vernünftigen Forderungen auf, denen wir zugestimmt haben." (Karl Carstens)

* Ähnliches sagte auch der CDU-Schatzmeister. Nach der Frankfurter Rundschau vom 9.4.76 vertrat Kiep "die Ansicht, daß es außen- und wirtschaftspolitisch viele Gemeinsamkeiten zwischen CDU und FDP gebe. Die Linie von Bundeswirtschaftsminister Friderichs sei weitgehend die der CDU..."

Was hat es nun mit dieser Linie von Friderichs auf sich? Eine Antwort auf diese Frage finden wir im Referat des Ministers vor dem FDP-Parteitag in Mainz am 28.10.75: "...der Anteil der gewerblichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt muß sich mittelfristig zu Lasten anderer Verwendungsarten (Konsumquote, Staatsquote) erhöhen. Der Schlüssel liegt - soweit es den nationalen Bereich angeht - beim Staat und den Tarifvertragsparteien. Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Haushaltsstrukturgesetz haben hier ein wichtiges Signal gesetzt. Sie können jedoch nur ein erster Schritt sein, der durch längerfristige Überlegungen ergänzt werden muß. Dabei kommen wir auch nicht um die Frage herum, ob im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik neue Wege beschritten werden müssen." Friderichs drückt hier auf seine feine, liberale Art genau das aus, was den Kern des CDU-Programms ausmacht:



Diese Häuser machen uns krank

* Die breite Masse soll weniger konsumieren - sprich: weniger verdienen.

* Der Staat soll weniger ausgeben - sprich sparen und nochmals sparen.

* Die Unternehmer sollen mehr investieren - sprich: zu Lasten von Arbeitern und Angestellten und staatlichen Leistungen mehr Investitionsanreize, also Profitaussichten und Subventionen bekommen.

* Der Staat hat eine Schlüsselfunktion - sprich: der Staat soll diesen Vorgang möglichst ungestört durchführen.

* Der Schlüssel liegt bei den Tarifvertragsparteien - sprich: Die Gewerkschaften sollen sich ruhig verhalten und diesen Umverteilungsprozeß ja nicht stören.

* Die Beschlüsse zum Haushaltsstrukturgesetz sind nur ein allererster Anfang - sprich: mit den bisherigen Einsparungen und Steuererhöhungen ist es längst noch nicht getan.

* Neue Wege im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik müssen beschritten werden - sprich: hier bieten sich besonders viele Möglichkeiten zum Sparen.



SCHMIDT SOLL AUF DIE ARBEITER HÖREN - NICHT AUF DIE FDP

Diese klare und deutliche Aussage von Friderichs sollte eine Warnung sein. Denn bei einer Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition würde Friderichs darauf drängen, diese Vorstellungen konsequent in die Tat umzusetzen.

Die FDP ist nur eine CDU in anderen Farben, aber ein echter, grundsätzlicher Unterschied besteht nicht. In vielen Fragen standen in den letzten Jahren die FDP-Minister in der Regierung auf derselben Position wie die CDU. Die FDP hat das Mitbestimmungsgesetz so weit verwässert, daß ihm auch die CDU zustimmen konnte. In der Frage der beruflichen Bildung besteht Übereinstimmung zwischen der CDU und Friderichs, daß die Unternehmer für jeden Ausbildungsplatz ein staatliches Geschenk von 5000,- DM erhalten sollen.

Die FDP preist sich zwar gerne als eine eigenständige Kraft an, als Alternative zu Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen. In Wirklichkeit jedoch vertritt sie ebenso wie die CDU/CSU die Interessen der wenigen hundert Großkonzerne, die unser gesamtes Leben beherrschen.

Wie könnte es die SPD-Führung, die von der Mehrzahl der Arbeiter gewählt wird, weil sie sich eine Durchführung notwendiger Reformen und eine Politik im Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit erhoffen, wie könnte sie es verantworten, mit solchen Herren überhaupt gemeinsame Regierungsgrundlagen auszuarbeiten und an einem Koalitionstisch zu sitzen? Wie könnte eine Partei, deren Programm eine Sicherung des sozialen Netzes und ein beharrliches Weiterarbeiten an Reformen vorsieht, gemeinsam mit Friderichs und seinen Freunden Politik für Arbeitnehmer machen?

Regierungsprogramm 1976-80

Die SPD-Führung sieht sich vor dieser Wahl damit konfrontiert, daß die Herren von den Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht, die Großkonzerne, Großbanken und Versicherungen, die CDU/CSU wie die FDP schon längst das Signal auf sozialen Rückschritt gestellt haben. Somit lastet auch auf unserer Parteiführung ein ungeheurer schwerer Druck. Dieser Druck hat auch bis in das von Helmut Schmidt verfaßte Regierungsprogramm der SPD hineingewirkt. Das Programm wurde bewußt als ein Regierungsprogramm geschrieben, ein Programm also, das von vorneherein sozialdemokratische Forderungen abschwächt und somit für einen bürgerlichen Regierungspartner annehmbar werden soll. Während das Wahlprogramm von 1972 noch eine konsequente Weiterführung der Politik der inneren Reformen in Aussicht gestellt hatte, heißt es 1976 schon bescheidener: "Nach einer Zeit schnellen Fortschritts sind wir jetzt in einer Phase der Konsolidierung, in einer Periode der Festigung des durch die Reformen Erreichten."

* In vielen konkreten Einzelfragen ist das diesjährige Programm ein Rückschritt gegenüber 1972. Die Forderungen, die die sozialdemokratische Jugendfachkonferenz in Solingen Mitte Juni gestellt hatte, nämlich nach investitionslenkenden Maßnahmen einschließlich der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, sind ebenso unter den Teppich gekehrt worden wie die Forderung des Landesparteitages von Nordrhein-Westfalen 1973, die Banken zu vergesellschaften. Das Programm stellt erreichte Reformen in den Mittelpunkt, wie zum

Beispiel Mieterschutz, Ehrerecht, flexible Altersgrenze, Arbeitsförderungs-gesetz, Kindergeld, die zweifellos zu begrüßen sind und unter einer CDU/CSU-Regierung gar nicht gekommen wären. Aber es beläßt es bei allgemeinen und vagen Formulierungen, wenn es um Zukunftsfragen geht.

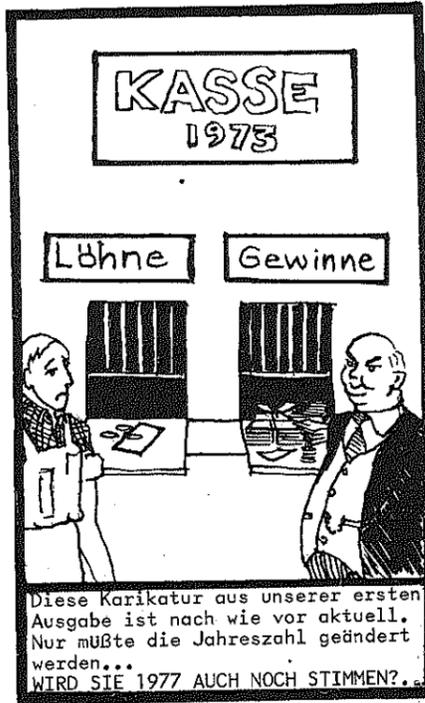
* Das Programm geht beispielsweise nicht auf die Tatsache ein, daß trotz immer wiederholter Bekundungen, endlich einmal Abhilfe zu schaffen, der Konzentrationsprozeß der Wirtschaft mit Volldampf weiter geht, daß das Bundeskartellamt im letzten Jahr 448 Firmenzusammenschlüsse registrierte, das sind 41% mehr als 1974. Im Regierungsprogramm wird nur allgemein über eine "Modernisierung der Volkswirtschaft" geredet, was dies auch immer heißen mag.

* 1972 hatten die Arbeiter unsere Partei gewählt, weil sie eine echte Steuerreform und mehr Steuergerechtigkeit erwarteten. Inzwischen kamen Steuererhöhungen und Unternehmenssubventionen des Staates von 30 bis 40 Milliarden DM allein in 2 Jahren!

* 1972 hatte die Parole "Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit" gelautet. 1975 bekamen wir beides.

* Auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaus sind wir nicht allzu weit vorangekommen. Nach wie vor gibt es eine Million Obdachlose, 300 000 leerstehende Wohnungen (da zu teuer), müssen Millionen in miserablen Behausungen - ohne eigenes Bad oder Toilette - leben. Der Wohnungsneubau kommt dem ständig steigenden Bedarf kaum nach, und Sozialwohnungen hatten überdurchschnittliche Mietpreissteigerungen zu verzeichnen. Dies sind alles Tatsachen, die nach einer dringenden Lösung schreien. Die davon betroffenen wollen keine schönen Worte, sondern feste Absichtserklärungen und Taten sehen.

* Auch gegen steigende Arzthonorare, Arzneimittelpreise und Versicherungsbeiträge hat die Bundesregierung kein Mittel gefunden. Nach wie vor werden die Patienten in Klassen unterteilt, sind Arbeiter und Rentner diejenigen, die auch im Gesundheitswesen nicht im Mittelpunkt stehen. Ärzte, Arzneimittelkonzerne und sonstige Zulieferer stoßen sich an den Krankheiten der Arbeiter gesund. Das Regierungsprogramm stellt nur ganz pauschal, ohne Argumente oder Erklärung fest: "Eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens lehnen wir ab." Gerade diese Forderung, die auch vom SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe gestellt wurde, ist aktueller denn je. Unsere Partei ist nicht auf die paar Stimmen der Ärzte angewiesen, denn die sehen ihre Interessen ohnehin bei der CDU/CSU besser aufgehoben. Die SPD braucht vielmehr die Stimmen all derer, die es satt haben, weiterhin stundenlang im Wartezimmer einer Arztpraxis zu sitzen, um endlich in den Genuß einer Fünfminutenmedizin zu kommen, die es satt haben, bei der Arbeit ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen oder regelrecht zu ruinieren.



* 1972 stellte das Wahlprogramm noch fest, daß die Verlagskonzentration die Informations- und Meinungsfreiheit gefährdet und kündigte an, daß die Zusammenschlüsse von Presseunternehmen einer vorbeugenden Fusionskontrolle unterworfen werden sollten. Inzwischen hat sich jedoch die Pressekonzentration weiter verschärft. Der Marktanteil der 5 größten Zeitungskonzerne hat sich allein im Jahr 1975 von 43 auf 45 Prozent erhöht, die 4 führenden Zeitschriftenverlage haben mit 35 Titeln einen Marktanteil von 70 Prozent!

Das Regierungsprogramm 1976 geht in keinem Wort auf diese skandalösen Tatsachen ein. Es wird lediglich angekündigt: "Sozialdemokraten werden die wachsenden technischen Möglichkeiten neuer elektronischer Kommunikationssysteme, etwa des Kabelfernsehens, aufmerksam verfolgen."

Aber selbst alle noch so beschwichtigenden Ansätze zu Reformen im Interesse der Arbeiterfamilien sind heute mehr in Frage gestellt als 1972. Denn heute bedrohen die wirtschaftliche Krise, die Dauerarbeitslosigkeit und der größer gewordene Druck des Kapitals jegliche kleine Verbesserung.

Und wie soll angesichts eines riesigen Haushaltsdefizits, ungewisser Wachstumsaussichten der Wirtschaft und zusammen mit einer Partei, die sich dem Wohl der Unternehmer verpflichtet fühlt, noch eine konsequente Reformpolitik auf der Tagesordnung stehen können? UM DIESE BRENNENDEN FRAGEN WIRD AUCH EINE NEUE SPD-GEFÜHRTE BUNDESREGIERUNG NICHT HERUNKOMMEN!

Lob

In Hannover stellte der CDU-Generalsekretär fest, daß sich bei dieser Wahl zwei große Gruppierungen gegenüberstehen: Die Unionsparteien auf der einen Seite sowie die Sozialdemokratie mit dem Konzept des demokratischen Sozialismus auf der anderen. Während also von Seiten der CDU eine Zwei-Parteien-Polarisierung durchaus zugegeben wird, kann man aus dieser Ecke hin und wieder lobende Worte für manche SPD-Führer hören.

* Carstens unterscheidet die Sozialdemokratie in zwei Gruppen: "...daß ein Teil der SPD Ziele verfolgt, die mit unserer Vorstellung von Freiheit unvereinbar sind. Ich sage ausdrücklich 'ein Teil der SPD' und will den Mitgliedern der SPD nicht zu nahe treten, die wie wir auf dem Boden freiheitlicher Grundsätze stehen..." (Rede auf dem Parteitag in Hannover)



* Kohl ließ in einer Bundestagsdebatte im September 1975 sogar offenes Lob für seinen Rivalen Helmut Schmidt durchblicken:

"...Ich freue mich, Herr Bundeskanzler, daß Sie jetzt, wo Sie gehen und stehen, darauf hinweisen, daß Betriebe Gewinne machen müssen und daß der Gewinn eine vernünftige Voraussetzung der Politik ist... In der Rede des Bundeskanzlers waren Zwischentöne für die Unternehmer und die leitenden Angestellten zu hören..."

Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei, die sich als bundesweite Hilfstruppe für die CSU versteht, ging sogar noch weiter. Sie plant (laut FAZ 3.8.76) "Listen der für sie akzeptablen SPD- und FDP-Politiker", so erklärte ihr stellvertretender Bundesvorsitzender Meyer in Hannover. Meyer nannte dabei Bundesverteidigungsminister Leber als einen der SPD-Politiker, "die die AVP als ihrem Kurs nahestehend betrachtete."

AUF SOLCHES LOB UND SOLCHE FREUNDE IST DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI NICHT ANGEWIESEN!

Ebenso wenig nützt ihr die nüchterne Feststellung der Frankfurter Allgemeinen vom 2.8.76 in einem Leitartikel unter dem Titel "Auf der Suche nach dem Unterschied":

"Inzwischen haben sich die Parteien in ihren Sachaussagen so stark aneinander angelehnt, daß man Mühe hat, die Unterschiede überhaupt zu erkennen... Deshalb haben auch alle Sachaussagen der Parteien einen so konturenlosen, verwaschenen Charakter..."

Um die Wahl zu gewinnen, braucht unsere Partei aber nicht die Stimmen der paar AVP-Anhänger, FAZ-Leser, der wenigen Reichen und Privilegierten in diesem Lande, sonder die Stimmen derjenigen, die mit ihrer Hände Arbeit die ganze Wirtschaft aufgebaut haben.

Während die CDU/CSU auf der einen Seite die zaghafte Haltung mancher SPD-Führer gegenüber den Erpressungsversuchen des Großkapitals lobt und von einem "gemeinsamen Boden" ausgeht, so versucht sie doch andererseits nach außen hin, die SPD-Minister in der Regierung als die Schuldigen an der Krise darzustellen.

* Sie tut so, als ob die SPD und nicht das kapitalistische System die Krise zu verantworten habe, und setzt in ihrer Wahlpropaganda Inflation, Arbeitslosigkeit, Mißwirtschaft und Staatsverschuldung mit demokratischem Sozialismus gleich. Die Absicht ist klar: dadurch sollen der Sozialismus in den Schmutz gezogen und die Wähler verwirrt und demoralisiert werden.

SPD wählen!

Am 3. Oktober geht es darum, eine CDU/CSU-Regierung zu verhindern. Eine solche Regierung wäre ein schwerer politischer Rückschlag für alle Arbeiter, Angestellten, Hausfrauen, Rentner, Schüler, Auszubildenden und Studenten. Zügiger Reform-Abbau, Angriffe auf die Gewerkschaften und Errungenschaften, eine weitere Einengung erkämpfter demokratischer Rechte wären die Folge. Dazu darf es nicht kommen. **DESHALB RUFEN WIR DAZU AUF, SPD ZU WÄHLEN!**

Wählen allein genügt aber nicht!

Wer sich enthält oder Splittergruppen wählt, stützt damit nur die CDU/CSU.

ABER WÄHLEN ALLEIN GENÜGT NICHT! Damit sich die SPD wieder voll und ganz allein den Interessen ihrer Millionen Anhänger verpflichtet fühlt, damit sie auf keine halben Sachen und Kompromisse mehr eingeht, wenn handfeste Unternehmerinteressen gegen Arbeiterinteressen stehen, muß jeder, der dazu beitragen will, Mitglied der SPD werden.

Denn erst als Mitglied der Partei kann man gemeinsam mit den anderen Mitgliedern für ein echtes Reformprogramm kämpfen, das keine Rücksicht nimmt auf die Interessen und Forderungen der Unternehmer, sondern nur sich an dem ausrichtet, was wir alle dringend brauchen. Ein solches Programm muß als Kernpunkte mindestens enthalten:

KEINE ENTLASSUNGEN! AUFTeilUNG DER VORHANDENEN ARBEIT AUF ALLE ARBEITER OHNE LOHNVERLUST!

FÜR EINEN GARANTIERTE MINDESTLOHN VON 1200.- DM NETTO! FÜR DIE 35-STUNDEN-WOCHE!

VOLLER LOHN MIT 18 JAHREN! GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT! ABSCHAFFUNG DER LEICHTLOHNGRUPPEN!

ABSCHAFFUNG DES RADIKALERLASSES! ERSATZLOSE STREICHUNG DES § 218!

WEITERER AUSBAU DER SOZIALLEISTUNGEN! KEIN ABBAU!

FÜR EIN STAATLICHES, KOSTENLOSES GESUNDHEITSWESEN! GLEICHE MEDIZINISCHE BEHANDLUNG UND UNTERBRINGUNG IN KRANKENHÄUSERN FÜR ALLE! VERSTAÄTLICHUNG DER ARZNEIMITTELFIRMEN UND KRANKENVERSICHERUNGEN!

FÜR JEDEN EINE ANGEMESSENE WOHNUNG! MIETSTOPP UND VERSTÄRKTER SOZIALER WOHNUNGSBAU! MODERNISIERUNG DER ALTBAUWOHNUNGEN! VERSTAÄTLICHUNG DER GROSSEN BAUFIRMEN! ABSCHAFFUNG DER BODENSPEKULATION! ENTEIGNUNG DER LEERSTEHENDEN WOHNUNGEN!

FREIER ZUGANG ZU DEN BILDUNGSSTÄTTEN FÜR ALLE! FÜR DAS UNGEHINDERTE RECHT JEDES EINZELNEN, SICH WEITERZUBILDEN! EINSTELLUNG ALLER ARBEITSLSEN LEHRER! FÜR EINE SENKUNG DER KLASSENFREQUENZ AN ALLGEMEINBILDENDEN SCHULEN AUF 1:20!

Doch um ein solches Programm zu verwirklichen, müßte der Widerstand des Kapitals überwunden werden, durch die Entmachtung der Kapitalistenklasse, durch die Überführung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum. Dann könnte eine demokratische Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung eingeführt werden, eine geplante und harm-



nisch aufeinander abgestimmte Wirtschaftsordnung, in der nur das produziert wird, was wirklich benötigt wird, und auf deren Grundlage Reformen, soziale Sicherheit und Wohlstand für alle keine Fremdwörter mehr wären.

Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen, daß unsere Parteiführung ein solches sozialistisches Programm annimmt und dann mit diesem Programm vor die Bevölkerung tritt und ihr klarmacht, daß sie dieses Programm auch voll durchsetzen will. Wenn sie es überzeugend und kämpferisch vertritt und dafür mobilisiert, dann wird in Zukunft nicht mehr eine schwarze Mehrheit drohen, sondern wird unsere Partei die erforderliche absolute Mehrheit erringen können, um dann, gestützt auf die mobilisierten Arbeiter, die neue Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus endlich aufzubauen.

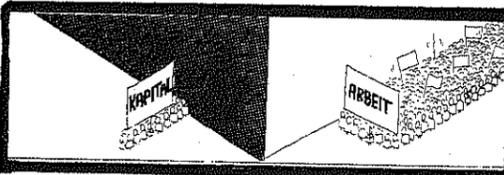
- FÜR EIN SOZIALISTISCHES SPD-PROGRAMM!
- FÜR EINE ABSOLUTE SPD-MEHRHEIT!
- FÜR DIE VERSTAÄTLICHUNG DER GROSSKONZERNE, BANKEN UND VERSICHERUNGEN!
- FÜR EINE DEMOKRATISCH KONTROLLIERTE PLANWIRTSCHAFT!
- FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS!

FÜR EINE SPD-REGIERUNG MIT DEM PROGRAMM DES SOZIALISMUS!



dies müssen wir verhindern!!

VORAN!



Programm von Voran unterstützt, muß es auch als seine Pflicht betrachten, selbst mit einer noch so kleinen Spende einen Beitrag zu leisten, damit wir in Zukunft unsere Ideen noch besser, umfangreicher und öfters verbreiten können. Jeder, der die Politik unserer Zeitung unterstützt, sollte auch regelmäßig Voran in seinem Bekanntenkreis, an seinem Arbeitsplatz, in seinem SPD-Ortsverein oder in seiner Juso-Arbeitsgemeinschaft verkaufen.

Impressum

VORAN! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE
ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG
FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Erscheint seit Dezember 1973,
 ab Dezember 1976 Monatszeitung.

Redaktionsanschrift:
VORAN! Hammesberger Str. 75
563 REMSCHEID

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
 HG Öfinger, 170 20 - 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

In eigener Sache

Dafür haben die Arbeiter jedoch nicht die SPD gewählt. Davon war auch im Wahlprogramm von 1972 nichts zu lesen.

Selbst als VORAN! im Dezember 1973 zum erstenmal erschien, wollten nur wenige unsere Warnung ernstnehmen, "...daß auch ein bescheidenes Reformprogramm ..nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht - das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen - in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden." Viele verlachten uns damals auch noch mit der Vorhersage, daß die Arbeitslosigkeit in der BRD bis Ende 1974 auf über eine Million ansteigen würde.

Wir Marxisten unterstützen auch heute noch alle Reformziele, wie sie im



Dortmunder SPD-Wahlprogramm von 1972 festgehalten wurden. Aber wir sind nicht bereit, erst einmal die Hände in den Schoß zu legen, bis das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vielleicht einmal am Sankt Nimmerleinstag bereit sein wird, uns diese notwendigen Reformen endlich zuzugestehen.

In dieser Bundestagswahl unterstützen wir tatkräftig unsere Partei und kämpfen für ihren Wahlsieg. Denn es gibt keine andere Alternative. Wenn das Wahl-

ergebnis vom 3. Oktober eine neue, von der SPD getragene Bundesregierung hervorbringen wird, so muß sich auch diese Regierung angesichts ungewisser Aussichten in der Wirtschaft und angesichts des ständigen Drucks aus den Chefetagen der Konzerne und Banken und aus der CDU/CSU die Frage stellen, in wessen Interesse sie letztendlich Politik machen will. Entweder wird die SPD-Führung die Zusammenarbeit mit der FDP aufkündigen, ein volles Reformprogramm im Interesse der Arbeiter auf die Tagesordnung setzen und zu dessen Durchführung die Großkonzerne durch eine sozialistische Politik entmachten, oder sie wird unwillkürlich zu einem Spielzeug in den Händen der wirklich Mächtigen. VORAN! kämpft für ein sozialistisches Programm der SPD, für die Überführung der Großkonzerne in Gemeineigentum, für eine demokratisch geplante und gelenkte Wirtschaftsordnung. Wir sind der Meinung, daß unsere Parteiführung mit einem solchen Programm vor die Arbeiter, vor die Bevölkerung hintreten und auf dieser Grundlage für eine absolute Mehrheit mobilisieren muß.

Um aber dieses Programm durchzusetzen, reicht es nicht aus, alle 4 Jahre zur Wahl zu gehen und zu hoffen, daß sich irgendwann einmal irgendetwas ändert. Auf jeden einzelnen kommt es an, daß er oder sie sein Gewicht in die Waagschale wirft und in der SPD für die kompromißlose Vertretung der Arbeiterinteressen und ein sozialistisches Programm mitkämpft.

Voran bringt Berichte aus der Arbeiterbewegung im In- und Ausland, Zahlen und Tatsachen, Berichte über die Geschichte der Bewegung und theoretische, leicht verständliche Beiträge. Wir sind besonders für jede Kritik dankbar und drucken sie als Leserbriefe gerne ab. Eine offene und freie Diskussion um die Sache ist nämlich gerade der Sauerstoff, den die Arbeiterbewegung zum Leben braucht. Voran lebt nicht von dicken Staatsgeldern oder anonymen Großspenden. Voran finanziert sich aus den Verkaufserlösen und den Spenden seiner Mitarbeiter und Anhänger. Jeder Arbeiter, Angestellte, Schüler, Auszubildende oder Student, der das

Voran - Broschüren

Die Redaktion Voran plant für Oktober 1976 die Herausgabe von zwei verschiedenen Broschüren.

Eine Broschüre mit Berichten und Analysen über die internationale Arbeiterbewegung. Mit Perspektiven für die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen, osteuropäischen und "Entwicklungsländern".

Eine Broschüre zum Thema "Sozialismus oder Kapitalismus" mit einer ausführlichen Analyse und Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland. Diese Broschüre wird die theoretische Position der Redaktion VORAN! zusammenfassen.

Jetzt bestellen.
 Über: Voran, Hammesberger Str. 75,
 563 REMSCHEID

SPENDET
UNTERSTÜTZT
ABONNIERT VORAN

dein erstes exemplar?
abonniere!

ABONNIERT VORAN!

- o Ich möchte Voran abonnieren und habe 7DM auf das Konto überwiesen. (Abopreis 7 DM für 6 Ausgaben)
- o Ich möchte weiteres Informationsmaterial.

Name:

Adresse: